Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
66. öffentliche Sitzung des Haushaltsausschusses

Sitzungstermin:	Freitag, 16.06.2006
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:10 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, Raum C 22/23

Anwesend sind:

Herr Hippe, Torsten	CDU
Herr Kopp, Norbert	CDU
Herr Platzeck, Werner	CDU
Herr Rögner-Francke, René	CDU
Herr Hube, Helmut	SPD
Herr Kugler, Klaus	SPD
Frau Lau, Karin	SPD
Herr Reinhard, Klaus	SPD
Frau Schmid-Petry, Erika	FDP
Frau Franke-Dressler, Irmgard	GRÜNE
Herr Krohm, Dominik	SPD (BD)
Herr Gottschalk, Reinhard	FDP (BD)
Herr Strauß, Holger	CDU (St. BD)
Frau Kneiding, Lore	GRÜNE (St. BD)

Vom Amt:

FinW Dez Herr Laschinsky
Bau Dez Herr Stäglin
JugGesUm Dez'in Frau Otto
St L Herr Schadeck
St 10 Herr Finck
St 11 Frau Hilscher
Bau L Herr Müller-Ettler
Bau BL 2 Frau Gerwig-Meyer
Hoch 51 Herr Hetzer
Soz L Herr Geese
BVV 2 Frau Schuchardt, Protokoll

Tagesordnung:

TOP 1 Genehmigung des Protokolls

TOP 2 Anträge

TOP 2.1 Schließung der Freizeitstätte Nentershausen
Drs. Nr. 378/II - FDP-Fraktion

TOP 2.2 Finanzierung Jugendsozialarbeit
Drs. Nr. 1961/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 3 Besprechungspunkte

TOP 3.1 Planung und Finanzierung einer neuen Telefonanlage
(siehe Protokoll der 65. Sitzung TOP 4.2)

TOP 3.2 Umstellung der Infrastruktur-Kostenumlage für Bürogebäude
(siehe Protokoll der 65. Sitzung TOP 4.3)

TOP 4 Sondermittelantrag 26/2006
Zuschuss für die Erstellung einer Begleitbroschüre für die Fotoausstellung 'Armut vor unserer Haustür' des Ev. Kirchenkreises Teltow-Zehlendorf
(Eingang des Antrages am Freitag 09.06., Unterlagen werden schnellstmöglich nachgereicht)

TOP 5 Beschluss Nr. 1122 der 46. BVV vom 17.05.2006
Auflösung pauschaler Minderausgaben Sozialdezernat (Drs. Nr. 1986/II - SDP- und GRÜNE-Fraktion)
(Die Anwesenheit des Sozialdezernenten sowie eines Vertreters des Steuerungsdienstes ist zu diesem Tagesordnungspunkt erforderlich.)

TOP 6 Bericht aus dem Bezirksamt

TOP 7 Verschiedenes

Protokoll:

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Ausschussvorsitzende mit, dass BzStR Stäglin aus terminlichen Gründen erst später an der Sitzung teilnehmen wird. Der TOP 3.1 wird daher ggf. später behandelt. Des Weiteren kann BzStR Wöpke aus terminlichen Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen, sein Vertreter ist Soz L Herr Geese.

zu 1 Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der 65. Sitzung vom 29.05.2006 wird genehmigt.

zu 2 Anträge

zu 2.1 Schließung der Freizeitstätte Nentershausen
Drs. Nr. 378/II - FDP-Fraktion

Der Antrag wird vertagt.

zu 2.2 Finanzierung Jugendsozialarbeit
Drs. Nr. 1961/II - GRÜNE-Fraktion

Die Fraktion GRÜNE weist darauf hin, dass die ESF-Mittel in diesem Bereich nicht ausgeschöpft werden.

Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3 Besprechungspunkte

zu 3.1 Planung und Finanzierung einer neuen Telefonanlage (siehe Protokoll der 65. Sitzung TOP 4.2)

(Anmerkung zum Protokoll: Dieser TOP wurde bei der Abhandlung der Tagesordnung verschoben, in der Niederschrift jedoch an der ursprünglichen Stelle der TO protokolliert.)

Der Ausschussvorsitzende verweist auf das Schreiben von Hoch 51 Herr Hetzer, das vor der Sitzung über die Fraktionen an alle Ausschussmitglieder verteilt wurde.

BzStR Stäglin berichtet, dass es sich bei dieser Vorlage um die Beantwortung der zuvor eingereichten Fragen der Fraktionen handelt sowie um eine Kostenkalkulation und Gegenüberstellung der drei in Frage kommenden Varianten. Er erläutert die Gründe, warum Variante 3 seitens des Amtes bevorzugt wird und weist auf eine von Bau L, Herr Müller-Ettler, erstellte Zeichnung hin, die als Tischvorlage verteilt wird.

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erläutert Hoch 51, Herr Hetzer, dass bei einer späteren Anschaffung der TK-Anlage (TK=Telekommunikation) die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3% ab nächstem Jahr und eine Indexsteigerung in die Kalkulation einbezogen werden müssen. Das Herrichten eines neuen TK-Raumes ist zum jetzigen Zeitpunkt preiswerter, da dies mit der Ausschreibung und dem Bau der Bibliothek zusammenhängt. Erfolgt eine spätere Herrichtung, ist dies eine isolierte Baumaßnahme nur für den Raum und muss neu ausgeschrieben werden, was wiederum Kosten verursacht. Die CDU-Fraktion hält Variante 3 für vernünftig, wobei es problematisch sei, wenn sich das Amt auf eine bestimmte TK-Anlage festlegen muss. BzStR Stäglin erläutert, dass es keine dauerhafte Bindung an einen bestimmten Anbieter geben wird. Des Weiteren sei möglich mehrere Unteranlagen an die Zentrale anzuschließen. St L, Herr Schadeck, erläutert, dass der neue TK-Raum im Erdgeschoss des Rathauses Steglitz auf der Seite der Grunewaldstraße gebaut werden soll.

Die Fraktion GRÜNE schließt sich den Ausführungen der CDU-Fraktion an und spricht sich ebenfalls für Variante 3 aus. Auf Nachfrage sagt BzStR Stäglin zu, dass die neue Bibliothek rechtzeitig über eine neue TK-Anlage verfügen wird.

BzStR Stäglin bejaht die Frage der FDP-Faktion, ob die TK-Anlage beliebig ausbaufähig sei, um mehrere Dienstgebäude damit zu versorgen.

Der Ausschuss bittet das Amt um eine Auflistung der tatsächlichen Kosten, nach Erledigung der Baumaßnahme, damit diese mit der Kostenschätzung verglichen werden kann. BzStR Laschinsky stellt abschließend fest, dass die Fraktionen Variante 3 als die Sinnvollste ausgewählt haben.

zu 3.2 Umstellung der Infrastruktur-Kostenumlage für Bürogebäude (siehe Protokoll der 65. Sitzung TOP 4.3)

Der Ausschussvorsitzende weist auf den in der letzten Sitzung verteilten Vermerk hin.

Die CDU-Fraktion bedankt sich bei der Arbeitsgruppe des Bezirksamtes für die

Berichterstattung, diese sei einleuchtend und nachvollziehbar. Sie schlägt vor das Thema 2008 noch einmal aufzugreifen, da erst das Umzugskonzept abzuwarten sei.

zu 4 **Sondermittelantrag 26/2006**
Zuschuss für die Erstellung einer Begleitbroschüre für die Fotoausstellung 'Armut vor unserer Haustür' des Ev. Kirchenkreises Teltow-Zehlendorf (Eingang des Antrages am Freitag 09.06., Unterlagen werden schnellstmöglich nachgereicht)

Die FDP-Fraktion teilt mit, dass sie die Ausstellung wenig überzeugend finde, da der Bezug zur Armut nicht erkennbar sei.

Die Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNE stimmen mit den Äußerungen der FDP-Fraktion nicht überein.

Der Ausschuss beschließt mit 12 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung, dem Evangelischen Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf für die Erstellung einer Begleitbroschüre zur Fotoausstellung „Armut vor unserer Haustür“ aus Sondermitteln der BVV einen Betrag bis zur Höhe von 1.100,00 € zur Verfügung zu stellen.

zu 5 **Beschluss Nr. 1122 der 46. BVV vom 17.05.2006**
Auflösung pauschaler Minderausgaben Sozialdezernat (Drs. Nr. 1986/II - SDP- und GRÜNE-Fraktion)
(Die Anwesenheit des Sozialdezernenten sowie eines Vertreters des Steuerungsdienstes ist zu diesem Tagesordnungspunkt erforderlich.)

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass sowohl der Steuerungsdienst als auch Soz L Geese – als Vertreter für BzStR Wöpke – zu diesem TOP Stellung nehmen werden.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass dieses Thema bereits im Ausschuss für Soziales behandelt wurde, dort jedoch Fragen offen geblieben seien. Es gäbe zwei Probleme: zum einen die Auflösung der 1,2 Mio. € pauschalen Minderausgaben und zum anderen, dass durch Buchungsfehler in der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) der Abteilung Soziales dem Bezirk nachteilig Kosten in Höhe von 1,5 Mio. € entstehen. Da es diesbezüglich keine hinreichende Aufklärung seitens des Bezirksamtes gegeben habe, wird der Steuerungsdienst dazu angehalten, den Haushaltsausschuss darüber aufzuklären.

Die Fraktion GRÜNE kritisiert, dass ein Vertreter der Verwaltung nicht akzeptiert werden könne, da hier ein Bereich eines politischen Verantwortlichen beraten wird. Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, diesen trotzdem anzuhören.

St L Herr Schadeck berichtet über

- die derzeit gute Zusammenarbeit mit der Abteilung Soziales, um die offenkundigen Probleme der KLR zu lösen;
- die Probleme mit den zwei Computerprogrammen ProSoz und ProFiskal, bei denen Daten nicht so übernommen werden, wie es sein sollte. Dies könnte u. a. an der fehlerhaften Eingabe liegen;
- die organisatorischen Veränderungen im Personalbestand, insbesondere die Aufteilung der Verantwortung der Gruppenleiter und die Sensibilisierung der Mitarbeiter, damit ihnen die Auswirkungen einer KLR deutlich werden;

- die Einsparungen der pauschalen Minderausgaben in Höhe von 200.000€ bis Ende des Jahres, denn nur durch Personaleinsparungen kann in der Abteilung Soziales eingespart werden. In welcher Höhe die Personaleinsparungen liegen, kann derzeit nicht gesagt werden.

Der Steuerungsdienst bemüht sich schnellstmöglich, die Daten auszugleichen und erläutert, dass zur Zeit Handzählungen durchgeführt werden, um zu erkennen, ob Daten falsch oder richtig sind. Eine erste Auswertung ist im August geplant.

Die CDU-Fraktion stellt fest, dass bereits bei den Haushaltsberatungen ersichtlich war, dass die Mitarbeiter der Abteilung Soziales nicht wussten, was eine KLR sei. Erst durch Druck der BVV habe der Steuerungsdienst eingegriffen. Sie fragt, warum andere Abteilungen und andere Bezirke das Problem in den Griff bekommen haben.

Die Fraktion GRÜNE schließt sich den Ausführungen der CDU-Fraktion an und bringt zum Ausdruck, dass sie es nicht akzeptieren werde, dass nun andere Abteilungen darunter zu leiden haben, dass es einer Abteilung nicht möglich war, ihre Mitarbeiter ausreichend zu schulen. Dies habe mit Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit nichts mehr zu tun.

Die FDP-Fraktion schließt sich den Ausführungen der Fraktion GRÜNE an und geht davon aus, dass alle Mitarbeiter geschult wurden. Sie erkundigt sich, warum diese Abteilung nie kontrolliert worden sei, da die Einführung einer KLR für alle Bereiche neu war. Sie sehe darin ein Leitungsproblem im Bereich der Abteilung Soziales.

Die SPD-Fraktion schießt sich den Ausführungen der Fraktionen von CDU und GRÜNE an und kritisiert, dass ein politischer Vertreter des Sozialamtes nicht anwesend sei.

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erläutert BzStR Laschinsky, dass über die Sachmittel keine 1,2 Mio. € eingespart werden können, sondern überwiegend nur im Personalbereich gespart werden könne.

St L, Herr Schadeck erläutert, dass die Daten von ProSoz nicht kompatibel seien mit ProFiskal, in anderen Bezirken ist eine Verwendung jedoch möglich. Er erklärt, dass den Mitarbeitern kein Vorwurf gemacht werden könne, da diese ihre Priorität in der Zusammenarbeit zwischen Bürger und Amt setzen. Das Ergebnis der pauschalen Minderausgaben sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt, es ist zu vermuten, dass weniger Personal benötigt wird.

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erläutert St L Schadeck, dass das Problem bereits seit Längerem bekannt sei, es jedoch u. a. mit den beiden Programmen zusammenhänge. In anderen Bezirken habe es funktioniert, da sich mehrere Bezirke untereinander ausgetauscht haben. Des Weiteren finden berlinweit Schulungen zu beiden Programmen statt.

Auf Nachfragen bestätigt Soz L, Herr Geese die Ausführungen von St L, Herr Schadeck. Er erklärt, dass die Mängel in der Produkterhebung zu analysieren seien, um feststellen zu können, wo Fehler entstehen. Er berichtet über erste Handzählungen.

BzStR Laschinsky ergänzt die Ausführungen von St L, Schadeck, und Soz L, Geese. Die Senatsfinanzverwaltung prüft die Plausibilität der Buchung, jedoch

nicht, ob richtig zugewiesen worden ist. Wer Produkte falsch bucht, trägt die Kosten. Die Datenkorrektur im laufendem Jahr wirkt sich auf den Haushalt 2008 aus, dies löst kein kamerales Problem in 2006 oder 2007 aus. Des Weiteren sagen zugewiesene Produktkosten nichts über möglichen Personalbedarf aus.

Nach einer kontroversen Diskussion stimmen alle Fraktionen darin überein, dass hier der verantwortliche Stadtrat anzuhören sei, da es sich um eine politische Diskussion handelt. Es sei sinnvoll, diesem TOP in der nächsten Sitzung am 28.08.2006 erneut zu beraten.

zu 6 Bericht aus dem Bezirksamt

BzStR Laschinsky berichtet über

- die Fortschreibung der Globalsumme 2007 infolge einer Neuberechnung des Produktsummenbudgets an Hand der Daten der Kosten- und Leistungsrechnung 2005 und erläutert dazu, dass

    - der Berliner Bezirksplanfond mit 4,4 Mrd. € ungeschmälert geblieben ist
    - der gesamte T-Teil ab 2007 Bestandteil der Produktbudgetierung geworden und damit eine Verschiebung von rd. 1,0 Mrd. € verbunden ist; dieser Systemwechsel bedingt erhebliche Umgliederungsarbeiten der Werte aus 2005 an etwa 80 Buchungsstellen, die vor einer Neuberechnung der Abteilungsbudgets erledigt sein müssen
    - für zusätzliche Produkte Planmengen eingeführt wurden und nunmehr rd. 80 Produkte mit 55% des Bezirksplanfonds entweder über Prognose-, Kennzahlen- oder Ist-Mengen berücksichtigt werden
    - Produkte der Hilfen zur Erziehung und der Kindertagesbetreuung entsprechend der Verabredung unter den Jugendstadträten vom 17.03.2006 berechnet werden;
    - die Zuweisungspreise für die Hilfen zur Erziehung, für Krankenhilfe, für sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen und Produkte des Psychiatrie-Entwicklungs-Programms entsprechend so gebildet wurden, dass die Zielbudgets vollständig verteilt worden sind
    - bei allen 44 Produkten der Hilfen in besonderen Lebenslagen auf der Grundlage der ProSoz-Zahlen bei angenommener 5%iger Fallzahlsteigerung Fall-Durchschnittskosten mit einem Abschlag von 2% gegenüber 2005 gebildet wurden;
    - Schulprodukte einen zusätzlichen Gewichtungsfaktor zur Berücksichtigung von Schülern nichtdeutscher Herkunft erhalten haben und die Mengensteigerung aufgrund des vorgezogenen Einschulungsalters in der Zuweisung berücksichtigt ist
    - die Grünflächenprodukte nunmehr auch die sog. Friedhofserweiterungsflächen nach dem Friedhofsentwicklungsplan enthalten
    - wegen zu geringer Senkung der Verwaltungskosten bei den Hartz-IV betroffenen Produkten ein Normierungsabschlag vorgenommen wurde;

  Diese Veränderungen führen zusammen mit der aktualisierten Median-Berechnung zu deutlichen Budgetverschiebungen zwischen den Bezirken,

wobei Steglitz-Zehlendorf mit gegen Einnahmeerhöhungen aufgerechnetem Zugang von 4,198 Mio. € zu den „Gewinnern“ gehört. Vorbehaltlich einer Bezirksamtsentscheidung wird dies einen Bonusbelass von 80% (bisher: 60%) und eine Verlustabfederung von 74% (bisher: 80%) ermöglichen.

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion nach der Einbeziehung der BVV in das weitere Verfahren erinnert BzStR Laschinsky daran, dass das jetzige Bezirksamt das aktualisierte Produktsummenbudget und dessen Aufteilung auf die LUV’s und SE’s lediglich zur Kenntnis nehmen und die Beschlussfassung hierüber dem neuen Bezirksamt überlassen wolle. Dieses wird auch die Unterrichtung der BVV im Auge haben.

- die Ausgaben im T- und Z-Teil im Vergleich zur anteiligen Zumessung per 30.04.2006; danach sind saldiert 11,8 Mio. € mehr ausgegeben worden. Betroffen hiervon sind in erster Linie die Kosten der Unterkunft für Alg II-Empfänger, die Leistungen der sozialen Grundsicherung, die Krankenhilfe und der Kita-Bereich;

- den Beschluss des Bezirksamtes, für unabweisbare Maßnahmen Mehrausgaben in Höhe von 1,945 Mio. € zuzulassen und diese insbesondere durch Mehreinnahmen aus Grundstückserlösen (500.000 €), Minderausgaben bei Personalmitteln (773.500 €) sowie Ausübung von Deckungsfähigkeit (672.000 €) gegenzufinanzieren; dazu nennt er die wichtigsten Erhöhungsposten;

- eine Mitteilung der Senatsschulverwaltung vom 26.05.2006, nach der der Bezirk Mittel für das Schul- und Sportanlagen-Sanierungsprogramm 2007 in Höhe von 2,448 Mio. € erhalten soll;

- den einstimmigen Beschluss des Verwaltungsrats des Eigenbetriebs Kindertagesstätten Berlin Süd-West zum Wirtschaftsplan 2006, in den die Verhandlungsergebnisse mit der Senatsfinanzverwaltung zu den durch die Kostensätze nicht abgedeckten betriebsspezifischen Mehraufwendungen eingeflossen sind.

zu 7 Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende weist auf den nächsten Sitzungstermin am 28.08.2006 hin.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den 10.08.2006

Platzeck Ausschussvorsitzender	Hippe Schriftführer